

# NEWSLETTER Nr. 2

Informationen des Bundesamts für Energie (BFE)

## EnergieSchweiz: Weiteres Vorgehen festgelegt

**Die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) und das eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) haben die Grundzüge eines nationalen Förderprogramms verabschiedet. Sagt die Schweizer Bevölkerung am 24. September JA zur Förderabgabe, sollen die Gelder dazu dienen, das Nachfolgeprogramm von Energie 2000, EnergieSchweiz, wesentlich zu verstärken. Die EnDK spricht sich für ein zweifaches JA am 24. September für die Förder- und die Umweltabgabe aus.**

Bund und Kantone haben sich mit Blick auf EnergieSchweiz auf ein Förderprogramm mit Schwerpunkt im Gebäudebereich geeinigt. Gefördert werden sollen insbesondere Neubauten und Gebäudesanierungen nach dem Minergie-Standard.

Die Grundzüge von EnergieSchweiz in den Bereichen Verkehr, Wirtschaft, Geräte, Erhaltung und Erneuerung der Wasserkraft wurden zusammen mit den interessierten Organisationen erarbeitet und liegen ebenfalls vor. Gefördert werden sollen energieeffiziente Mobilitätsprojekte (z.B. von Gemeinden oder Unternehmen) oder energieeffiziente Technologien in allen Verbrauchsbereichen. Zudem soll generell in die Forschung und Entwicklung investiert werden. Verstärkt werden die Information, die Beratung sowie die Aus- und Weiterbildung.

Kommt die Förderabgabe durch, fließt ein Viertel der jährlich zu erwartenden 450 Millionen Franken in die Förderung erneuerbarer Energien (Holz, Sonne, Wärmepumpen). Ein weiteres Viertel fließt in die Wasserkraft, deren regionalwirtschaftliche Bedeutung sehr gross und deren Unterstützung für die Schweiz von zentraler Bedeutung ist. Wird die Förderabgabe nicht angenommen, kann

## EnergieSchweiz: Darüber reden!

So oder so. EnergieSchweiz kommt. Die Vorbereitungsarbeiten für das Nachfolgeprojekt von Energie 2000 laufen im BFE auf Hochtouren, die zuständige Strategiegruppe für EnergieSchweiz<sup>1</sup> hat sich konstituiert und wird bald die Ziele definitiv festlegen. Bezüglich möglicher Förderprogramme (z.B. im Gebäudebereich) sind erste konkrete Pflöcke eingeschlagen. Ganz wichtig für einen nahtlosen Übergang von Energie 2000 auf EnergieSchweiz ist die Kommunikation: Am Startevent vom 30. Januar 2001 wird in der Schweiz eine „neue Marke“ lanciert, welche in den nächsten Jahren die schweizerische Energiepolitik prägen wird. Beteiligt sind nicht

<sup>1</sup> Stefan Engler, Regierungsrat GR

Dorothee Fierz, Regierungsrätin  
ZH

Pierre Kohler, Ministre JU

Bernhard Ludwig, Präsident IGEB

Philippe Roch, Direktor BUWAL

Eric Sarasin, BS

Silva Semadeni, Pro Natura

Hans-Luzius Schmid, stellvertretende Direktor BFE

Gerard Schriber, BFE

Hanspeter Werder, GS-UVEK

unsere einheimische Wasserkraft nicht vor den Nachteilen der Strommarktliberalisierung gesichert werden. Sie hätte gegenüber im Ausland produziertem Atom- oder Kohlenstrom einen Wettbewerbsnachteil.

Den Kantonen bringt die Förderabgabe wesentliche Vorteile. Auswertungen des Programms Energie 2000 zeigen, dass die Kantone und insbesondere die Randregionen in besonderem Masse von den Geldern profitiert haben. Ein gutes Beispiel ist der Kanton Thurgau: Die Starthilfe von 5 Millionen Franken aus dem Investitionsprogramm von Energie 2000 löste einen Investitionsschub von 44 Millionen Franken aus. 4 Prozent des Wärmebedarfs des Kantons werden heute durch Holz gedeckt – das ist der doppelte Anteil des schweizerischen Durchschnitts.

Dank den Mitteln aus der Förderabgabe wird für die Kantone der Spielraum grösser, aktiv eigene Energieprojekte zu verwirklichen. Der Kanton Wallis z.B. rechnet, dass die jährlichen Erträge aus den Fördergeldern für die Wasserkraftanlagen mehr als das Doppelte der Belastung durch die Abgabe ausmachen würden.

Wird die Förderabgabe angenommen, kann das Förderprogramm frühestens am 1. April 2001 lanciert werden. Das Gesetz zum Verfassungsartikel wurde zwar vom Parlament bereits ausgearbeitet und verabschiedet. Allerdings besteht noch die Möglichkeit, das Referendum dagegen zu ergreifen. Verstreicht die Frist ungenutzt, kann der Bundesrat das Gesetz nach Ablauf der Referendumsfrist in Kraft setzen, die dazugehörige Verordnung sollte bis am 1. April 2001 ausgearbeitet sein. Die Verordnung zur Erhebung der Energieabgabe soll auf Herbst 2001 in Kraft treten. Bereits im Jahr 2000 im Programm „Energie 2000“ ausgelöste Energieprojekte können im Rahmen eines Übergangsszenarios weitergeführt werden.

Wird die Förderabgabe abgelehnt, startet das Programm EnergieSchweiz ebenfalls am 30. Januar 2001, aber auf der weit bescheideneren Basis des bisherigen Umfangs von Energie 2000 – also mit jährlich rund 50 Millionen Franken.

Wie auch immer also das Resultat am 24. September ausfällt: Der lückenlose Übergang von Energie 2000 auf EnergieSchweiz ist gewährleistet; mit der Förderabgabe ist der Spielraum von EnergieSchweiz aber viel grösser.

nur der Bund und die Kantone, sondern in verstärktem Masse auch die Privatwirtschaft und die Konsumentinnen und Konsumenten. Das bedeutet, dass in diesem grossen „Netzwerk“ für eine nachhaltige Schweizer Energiepolitik alle Beteiligten wissen müssen, wovon bei „EnergieSchweiz“ die Rede ist. Keine einfache Sache, wenn man die vielen und unterschiedlichen Interessen betrachtet, die teilweise aufeinander prallen.

Das Ziel der Kommunikation ist es aber gerade, den gemeinsamen Nenner der künftigen Energiepolitik zu suchen – und auch zu finden – sowie die bestehenden Netzwerke vom Energie 2000 zu nutzen. Dialog und Kommunikation prägen bereits Energie 2000; diese Funktionen sollen in verstärktem Masse auch bei EnergieSchweiz eine Rolle spielen. Dazu ist von allen Beteiligten Offenheit und Transparenz gefordert, der Informationsaustausch muss von „oben“ nach „unten“ aber auch umgekehrt gewährleistet werden. Unsere „Newsletter“ sind bis zum 30. Januar 2001 eine erste Möglichkeit dazu, sind kleine Steinchen im Kommunikationsmosaik. Sie sollen Anstoss sein und allen Beteiligten die Möglichkeit geben, sich über EnergieSchweiz zu informieren. Oder noch besser, darüber zu reden. Denn wir wissen: Tue Gutes und sprich darüber!

# Drei Fragen an Bundesrat Moritz Leuenberger

*Herr Leuenberger, am 24. September stimmen wir über drei Energievorlagen ab: Die Förderabgabe, die Umweltabgabe und die Solarinitiative. Braucht es diese Vorlagen wirklich, der Umwelt geht es doch schon viel besser?*

Der Umwelt geht es tatsächlich besser als vor ein paar Jahren. Trotzdem haben wir ein Umweltproblem und vor allem ein CO<sub>2</sub>-Problem. Die Treibhausgase heizen unser Klima auf. Es wird immer offensichtlicher, dass zwischen der Erwärmung der Atmosphäre und der Zunahme von Unwetterkatastrophen wie dem Sturm „Lothar“ ein Zusammenhang besteht. Noch viel härter sind von den Klimaveränderungen die Küstenländer des Südens betroffen.

Nur durch die Senkung des Schadstoff- und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses schützen wir Boden, Wasser, Wald, Klima und Luft. Deshalb brauchen wir einen rationelleren Umgang mit Energie und die Umlagerung von nicht erneuerbarer zu erneuerbarer, umweltfreundlicher Energie. Die Energie-Vorlagen vom 24. September bieten dazu einen wirksamen Anreiz.

*Die Wirtschaftsverbände fahren seit Wochen eine millionenschwere Gegenkampagne. Ihre Argumente: Die Energievorlagen brächten neue Steuern und müssten deshalb abgelehnt werden.*

Ich wundere mich: Der Vorort, von dem ich sonst noch nie etwas gegen marktwirtschaftliche Instrumente vernommen habe und der uns bei der LSVA tatkräftig unterstützt hat, wechselt die Seite und spricht von „neuen Steuern“. Dass kein einziger Rappen dieser Abgabe in der Bundeskasse bleiben wird, wischt er einfach unter den Tisch. Die Umweltabgabe wird ja vollumfänglich an die Unternehmen und die Erwerbstätigen zurückerstattet. Auch von der Förderabgabe profitiert die Wirtschaft vollumfänglich, denn sie vergrössert den Markt für moderne Energietechnologien und sorgt für bessere Qualität und tiefere Preise. Energiebewusste Firmen können damit ihre Energiekosten spürbar senken und erst noch etwas für die Umwelt tun.

*Sind die Energievorlagen sozialverträglich?*

Vom Spitzenverband der Wirtschaft, der vor Kurzem gerade noch ein Steuerkonzept präsentiert hat, das die mittleren und höheren Einkommen massiv entlasten würde, wird dies bestritten. Doch auch Familien mit kleinem Budget werden nicht zusätzlich belastet, wenn sie mit Energie haushälterisch umgehen. Und genau dazu soll die Umweltabgabe ja einen Anreiz schaffen. Erinnern möchte ich auch noch einmal an die Wasserkraft. Sie ist einer der Standortvorteile des Berggebiets. Die Wasserkraft zu erhalten und zu erneuern ist also auch ein Beitrag an den regionalen Ausgleich

## Kalender

### Energie 2000 - EnergieSchweiz

**5.9.**

Lausanne, Club Ravel

**13.9.**

Bergdietikon, Energie Contracting

**28.9.-8.10.**

Freiburg, BFE-Ausstellung

Erneuerbare Energien, MINERGIE,

Energie 2000, Foire de Fribourg

**29.9.**

Journée romande de l'énergie,

Fribourg

**26.10.**

Zug, Forum für Gebäudesanierung

(Planung Kt. Zug)

**27./28.10.**

Genf, Wärmepumpen: Tag der offenen Tür

**2.- 4.11.**

Bern, Wärmepumpen-Expo 2000

**7.11.**

Nationale PV-Tagung, Neuchâtel

**9./10.11.**

Luzern, RIO Management Forum,

„Unternehmen Nachhaltigkeit“ (Info:

041 410 20 03)

**30.1.01**

START EnergieSchweiz

in unserem Land. Ganz generell sind die Förder- und die Umweltabgabe ein eigentliches Impulsprogramm für den ländlichen Raum. Sie schaffen zum Beispiel neue Absatzchancen für den Brennstoff Holz, und sie werden auch vielen gewerblichen Betrieben, etwa im Bereich der Haustechnik, interessante Perspektiven eröffnen.

[Aus: Energie Extra, Nr. 4 / 2000 August, BFE]

## Lothar-Folgen: Brennholz-Verbrauch soll verdoppelt werden

Der Verbrauch von Brennholz in der Schweiz soll bis 2010 auf fünf Millionen Kubikmeter jährlich verdoppelt werden. Das Bundesamt für Energie (BFE) unterstützt zu diesem Zweck den Einbau von Holzfeuerungen. In einer ersten Phase soll das vom Orkan „Lothar“ gefällte Energieholz genutzt werden. In einer zweiten Phase ist die dauernde Ausschöpfung des nachwachsenden Potenzials vorgesehen.

Am 26. Dezember 1999 warf „Lothar“ in der Schweiz 13 Mio. Kubikmeter Holz um. Davon könnten etwa 5 Mio. Kubikmeter als Energieholz genutzt werden. Das BFE arbeitete ein Förderprogramm zur energetischen Verwertung des Sturmholzes aus, das sich für die nächsten dreieinhalb Jahre auf total 45 Mio. Fr. beläuft. Das Parlament bewilligte in der Sommersession einen entsprechenden Nachtragskredit für dieses Jahr.

Das BFE hat am 28. August 2000 in Bern sein Förderprogramm zur Energieholz-Nutzung vorgestellt. Es basiert auf dem Energiegesetz und will die rasche Verwertung und eine nachhaltige Steigerung des Energieholz-Absatzes in der Schweiz erwirken. Ziel ist eine Verdoppelung der heute jährlich genutzten rund 2,5 Mio. Kubikmeter. Das entspricht der langjährig möglichen Nutzmenge. Das Programm führt damit aus einer Notsituation zu einer dauernd hohen Nutzung des normalen Brennholz-Potenzials. Es nimmt das im Januar 2001 beginnende Programm „EnergieSchweiz“ im Bereich der Holzenergie vorweg.

Das neue Förderprogramm kann auf Bewährtem aufbauen. Im Rahmen des zu Ende gehenden Aktionsprogramms Energie 2000 wurden durch Bund und Kantone über 500 Holzfeuerungen grösserer Leistung unterstützt. Aus mehreren kantonalen Programmen sind zudem Erfahrungen in der Förderung von Klein-Holz-

## Gesagtes und Geschriebenes zu den Energievorlagen

„Gesparte Energie ist die sauberste Energie.“

Kurt Köhl, Direktor der Flumroc AG, Flums

„Das baselstädtische Energiegesetz hat schon vor 17 Jahren vorweggenommen, was jetzt auf nationaler Ebene eingeführt werden soll. Darauf bin ich stolz.“

Barbara Schneider, Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt

„Die FDP strebt eine auf ökologische Gesichtspunkte ausgerichtete Steuerreform zum Zwecke der Senkung der Lohnnebenkosten an – ohne Erhöhung der Fiskalquote.“

Freisinnige Grundsätze und Postulate zu energiepolitischen Zukunftsthemen, Positionspapier der FDP Schweiz, 1999

„Wir müssen die Arbeit steuerlich entlasten und den Energieverbrauch belasten. Damit es sich wieder lohnt, den Menschen Arbeit zu geben, statt sie durch stromfressende Maschinen zu ersetzen.“

Simonetta Sommaruga, Nationalrätin, Präsidentin Stiftung für Konsumentenschutz

„Die Schweiz ist in der Klimafrage herausgefordert, weil sie ihren Energieverbrauch zu 70 Prozent aus der Verbrennung von importiertem Öl und Gas deckt. Volk und Stände haben im September Gelegenheit, wichtige energiepolitische Wei-

feuerungen vorhanden. So konnte der Brennholz-Verbrauch in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent auf die genannten 2,5 Mio. Kubikmeter erhöht werden.

Das BFE und die mit der Abwicklung der Gesuche beauftragte Schweizerische Vereinigung für Holzenergie (VHe), Zürich, haben die gemachten Erfahrungen in das neue Fördermodell integriert. Unterstützt werden bis Ende 2003:

- Klein-Holzfeuerungen von weniger als 100 Kilowatt, sofern sie VHe-typengeprüft sind und den überwiegenden Teil des Wärmebedarfs eines Gebäudes decken.
- Automatische Holzfeuerungen mit mehr als 100 Kilowatt, mit oder ohne Nahwärmenetz.
- Erweiterungen und Verdichtungen bestehender Holz-Nahwärme-Verbünde.
- Grössere Energieholz-Lagereinrichtungen, die zur Erhöhung der regionalen Versorgungssicherheit beitragen.
- Machbarkeitsstudien für grössere Holzenergieprojekte.

Die Beiträge sollten rund 40 bis 60 Prozent der anrechenbaren Mehrkosten abdecken. Kantone können aus ihren eigenen Fördermitteln aufstocken. Detaillierte Informationen zu den Finanzhilfen sowie Gesuchsformulare sind erhältlich bei: Schweiz. Vereinigung für Holzenergie VHe, Seefeldstrasse 5a, 8008 Zürich, Tel. 01 250 88 11, Fax 01 250 88 22, info@vhe.ch, www.vhe.ch.

Die Volksabstimmung vom 24. September 2000 könnte einen entscheidenden Schritt in eine nachhaltige schweizerische Energieversorgung mit Hilfe der erneuerbaren Energien bringen. Auch die Holzenergie würde von der Annahme der Förderabgabe profitieren, da die auf Ende 2003 begrenzte „Lothar“-Aktion um mindestens sechs Jahre verlängert werden könnte.

chen zu stellen."

Eugen David, Ständerat, St. Gallen

„Die Rückzahlung der fiskalquotenneutralen Abgabe an die Unternehmen und an die Arbeitnehmer über eine Senkung der Lohnnebenkosten ist angesichts der Bedürfnisse von Wirtschaft und Sozialwerken akzeptabel. Die NZZ stimmt der Grundnorm zu."

Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2000

„Die intakte Umwelt für unsere Kinder ist für mich wichtiger als das Portemonnaie."

Ministre Pierre Kohler, Präsident der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren

## **Kontakte & Informationen zu EnergieSchweiz**

Informationen, Daten und Fakten zum Übergang von Energie 2000 auf EnergieSchweiz erhalten Sie beim Bundesamt für Energie BFE, 3003 Bern, [www.admin.ch/bfe/energieschweiz](http://www.admin.ch/bfe/energieschweiz) (ab 25. September 2000). Gerne erteilt Ihnen unsere Stabsstelle auch telefonische Auskünfte.

Hotline EnergieSchweiz: Telefon 031 323 22 44, Fax 031 323 25 10; E-mail: [office@bfe.admin.ch](mailto:office@bfe.admin.ch)